

Schottland nach der Parlamentswahl – Auf dem Weg in die Unabhängigkeit?

Philipp Adorf

Schottlands politisches System blickt nunmehr auf über zwei ereignisreiche Jahrzehnte zurück. 1997 votierten drei Viertel aller Schotten für die erneute Einrichtung eines schottischen Parlaments, für das im Mai 1999 die ersten Wahlen stattfanden. Nach fast drei Jahrhunderten sollten zum ersten Mal seit des „Act of Union“ des Jahres 1707, der Schottland und England vereinte, ausgewählte elementare politische Entscheidungen in Edinburgh statt London getroffen werden. Eine zentrale Intention hinter der von der Blair-Regierung eingeführten „Devolution“ – der Übergabe von vormaligen nationalen Kompetenzen an regionale Parlamente und Exekutivorgane – war die Hoffnung, eine Stärkung regionaler politischer Institutionen würde Unabhängigkeitsbestrebungen den Sauerstoff entziehen. So sagte 1995 der Labour-Politiker und damalige Schattenminister für Schottland, George Robertson, voraus, Devolution würde den regionalen Nationalismus für immer und ewig ins Jenseits befördern („Devolution will kill nationalism stone dead“⁽¹⁾).

Ein Vierteljahrhundert später erscheint diese Vorhersage als eine der schlechteren politischen

Prognosen der jüngeren Vergangenheit in die Geschichte eingegangen zu sein. Die Scottish National Party (SNP), 1934 gegründet und lange Zeit auch aufgrund ihrer Forderung eines unabhängigen Schottlands ein eher marginaler Akteur, ist insbesondere seit dem Unabhängigkeitsreferendum 2014 zur dominanten politischen Kraft im Norden des Vereinigten Königreichs aufgestiegen. So konnte sie in den letzten drei Wahlen zum britischen Unterhaus (2015/17/19) durchschnittlich fast 80 Prozent aller schottischen Wahlkreise für sich entscheiden.

Der folgende Beitrag analysiert das Wahlergebnis der im Mai 2021 durchgeführten schottischen Regionalwahlen im Kontext der Konsequenzen auf die Zukunft des Vereinigten Königreichs. Als erste schottische Parlamentswahl nach dem Brexit-Volksentscheid, stellte die SNP den Urnengang als eine Art Referendum bezüglich eines zweiten Unabhängigkeitsreferendums dar: Mit dem Erhalt einer eigenen absoluten Mehrheit, so die SNP-Argumentation, müsse zweifelsfrei zeitnah eine erneute Volksabstimmung zur Zukunft Schottlands angesetzt werden. Auch wenn die



Dr. Philipp Adorf

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn,
Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie

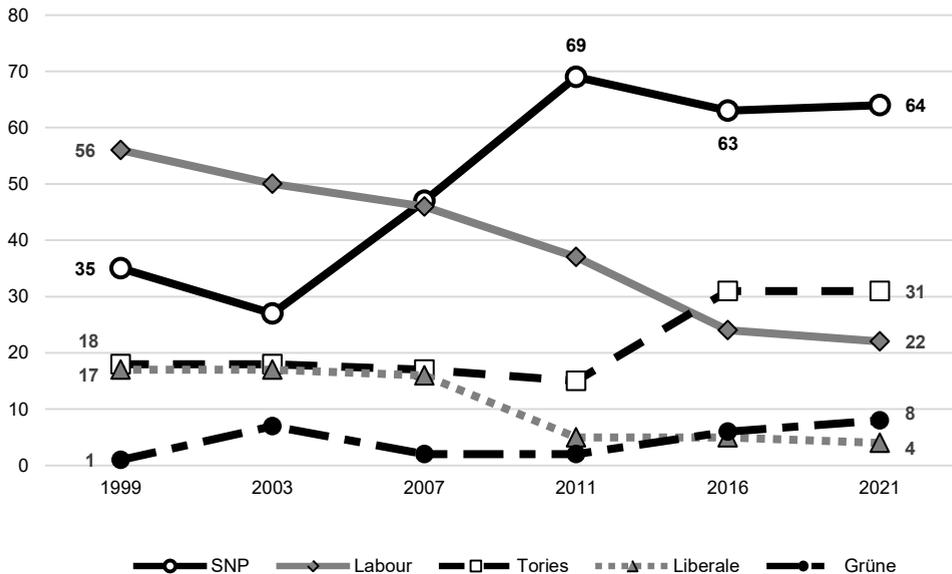
schottischen Nationalisten zusammen mit den Grünen, die sich ebenfalls für die Unabhängigkeit aussprechen, eine Parlamentsmehrheit erreichen, stehen zahlreiche Hürden auf dem Weg zu einem erneuten Unabhängigkeitsreferendum – ein dortiger Sieg des separatistischen Lagers ist trotz des von der Johnson-Regierung ausgehandelten vergleichsweise „harten“ Brexits und dessen Unpopularität in Schottland wie folgend aufgezeigt wird ebenso alles andere als sicher.

Das Wahlergebnis – ein neues Mandat für die Unabhängigkeit?

In der zweiten Hälfte des Jahres 2020 prognostizierten Umfragen zur schottischen Parlamentswahl eine teilweise komfortable absolute Mehrheit für die SNP – es wäre die zweite nach den Regionalwahlen des Jahres 2011 gewesen. So kratzte die Partei im Herbst in demoskopischen Erhebungen

teilweise an der 60-Prozent-Marke, kam jedoch am 6. Mai 2021 schlussendlich auf 47,7 Prozent der Wahlkreisstimmen und erhielt 40,4 Prozent der Landeslistenstimmen (das schottische Wahlsystem ist vergleichbar mit der deutschen Variante der „personalisierten Verhältniswahl“). Mit 64 Sitzen fehlte der SNP ein einziger Sitz zur eigenen Mehrheit. Wenig überraschend spielte die Pandemie im Wahlkampf die wichtigste Rolle und hatte zur Folge, dass die Wahl von den schottischen Nationalisten nicht zum besagten Votum hinsichtlich eines zweiten Unabhängigkeitsreferendums gemacht werden konnte. Trotzdem argumentierte die SNP wenig überraschend in ihrem Wahlprogramm, dass nach dem Ende der Pandemie ein erneuter Volksentscheid zur Unabhängigkeit angesetzt werden müsse. Notwendig sei dies, unter anderem, damit das schottische Volk von seinem „Recht, dem Brexit zu entkommen“² Gebrauch machen könne.

Abbildung 1: Zahl der gewonnenen Sitze im schottischen Parlament; 65 für Mehrheit notwendig:



Quelle: Eigene Berechnungen. Daten des schottischen Parlaments.

Ein Erklärungsansatz für das in Anbetracht der Umfragewerte ein halbes Jahr vor der Wahl für die SNP enttäuschende Ergebnis lässt sich in der Pandemie und den Maßnahmen im Kampf gegen

diese erklären. Umfragen kurz vor der Wahl zeigten auf, dass 45 Prozent aller Wähler das Thema Gesundheit und weitere 31 Prozent den Themenbereich Arbeit und Soziales als einen der drei

wichtigsten Sachverhalte der Wahl sahen. Nur 19 Prozent betrachteten die Frage der Unabhängigkeit hingegen als besonders relevant.³

Pandemie, Unabhängigkeit sowie die potenzielle EU-Mitgliedschaft eines unabhängigen Schottlands sollten im Wahlkampf geradezu zu einem allumfassenden Themenkomplex verschmelzen – anfänglich zugunsten der schottischen Nationalisten. Erschien die Londoner Regierung unter Premier Johnson für einen Großteil des Jahres 2020 den Coronaausbruch nur schwerlich unter Kontrolle bringen zu können, so markierte der 8. Dezember einen diesbezüglichen Wendepunkt: Mit einem Impfstart fast drei Wochen vor der EU und nur wenigen Lieferengpässen konnte sich Großbritannien in den ersten Monaten des Jahres 2021 einen teilweise erheblichen Vorsprung bei der Vakzinierung der Bevölkerung herausarbeiten, während die Impfkampagne der EU-Mitgliedsstaaten erheblich langsamer anließ. Dazu kamen Streitigkeiten bezüglich der Ausfuhr von Impfstoffen vom europäischen Festland nach Großbritannien.

Die Folge war nicht zuletzt eine deutlich positivere Interpretation des EU-Austritts in der britischen Bevölkerung und der Glaube, dieser habe zur erfolgreichen Impfkampagne beigetragen – eine Sichtweise, die zwei Drittel aller Briten in einer Umfrage im April 2021 teilten. Zudem antworteten nur 13 Prozent in derselben Erhebung, die EU habe sich hinsichtlich des Disputs über Impfstoffe wie ein „Verbündeter und Freund“ verhalten.⁴ Weitreichende Kritik an der Beschaffung von Impfstoffen durch die Europäische Kommission sowie die Streitigkeiten über Exporte haben auch in Schottland dem Image der EU Schaden zugefügt; eine Entwicklung die wiederum eines der zentralen SNP-Argumente für die Unabhängigkeit – ein notwendiger Schritt vor dem erwünschten Wiedereintritt in die EU – beeinträchtigt.

Auch die Umfragewerte hinsichtlich der Präferenzen in einem zweiten Unabhängigkeitsreferendum veranschaulichen die diesbezüglichen Konsequenzen des Impftemas und des anglo-europäischen Konflikts: In 23 Umfragen während des Jahres 2020 führte das pro-britische Lager nur zwei Mal. In 33 Umfragen zwischen März und August 2021 sprachen sich die Schotten jedoch 18-mal für einen Verbleib im Vereinigten Königreich

und nur 10-mal für die Unabhängigkeit aus (mit einem Patt in fünf weiteren Umfragen; Stand: 5. August).⁵ Titelte der *Economist* im August 2020 noch „How coronavirus strengthened Scottish independence“, so scheint dieses Thema schlussendlich zur fehlenden parlamentarischen Mehrheit der schottischen Nationalisten beigetragen zu haben.

Als weiterer für die SNP nachteiliger Faktor in den Regionalwahlen stellten sich taktische Überlegungen der Wählerschaft heraus. Verschiedene pro-britische Gruppierungen schalteten in den letzten Tagen vor der Wahl insbesondere in den digitalen Medien eine beträchtliche Zahl an Anzeigen, um die Wählerschaft bezüglich der vielversprechendsten Direktkandidaten, die sich für einen Verbleib Schottlands im Vereinigten Königreich einsetzten, zu informieren.⁶ So sollte gewährleistet werden, dass unabhängigkeitskritische Wähler einen gemeinsamen Kandidaten unterstützen und SNP-Eroberungen der entsprechenden Wahlkreise verhindern würden.

Dies stellte sich für die pro-britischen Parteien (Konservative, Labour und Liberaldemokraten) als größtenteils gewinnbringende Taktik heraus. Wie Tabelle 1 aufzeigt, waren die drei Gegner der Unabhängigkeit in Wahlkreisen, die sie 2016 gewonnen hatten und in denen die SNP auf dem zweiten Platz gelandet war, in der Lage, durchaus signifikante Stimmenzugewinne in der Regionalwahl 2021 vorzuweisen. So gewannen Kandidaten der Konservativen Partei in ihren „heimischen“ Wahlbezirken, die gegen SNP-Herausforderer verteidigt wurden, durchschnittlich über drei Prozentpunkte hinzu, während die Kandidaten der Sozial- sowie Liberaldemokraten in diesen Wahlkreisen Stimmenverluste erlitten (jeweils sechs und zwei Prozentpunkte). Dafür konnten letztere in den eigenen Wahlkreisen beträchtliche Zuwächse verzeichnen. In SNP-Wahlkreisen ließen sich hingegen nur marginale Veränderungen der Stimmenanteile im Vergleich zur Wahl 2016 vorfinden.

Im Wahlkreis Dumbarton konnte Labour-Amtsinhaberin Jackie Baillie (die 2016 mit nur 109 Stimmen Vorsprung gegenüber einer SNP-Kandidatin gewann) beispielsweise 6,1 Prozentpunkte hinzugewinnen und ihr Mandat mit einem Vorsprung von fast 1.500 Stimmen komfortabel verteidigen – gleichzeitig büßte der dortige konservative Kandidat im Vergleich zur Wahl fünf Jahre

zuvor 6,3 Punkte ein.⁷ Das Ziel der Abwendung eines SNP-Sieges schien in diesem Fall konservative Wähler ins Labour-Lager gebracht zu haben. Insgesamt gaben 29 Prozent aller Tory, 33 Prozent aller Labour und 27 aller Liberaldemokraten-Wähler an, sie hätten aus taktischen Überlegungen für die entsprechenden Parteien gestimmt.⁸

Tabelle 1: Taktisches Abstimmungsverhalten in den Wahlkreisen der schottischen Parlamentswahl 2021:

Erstplatzierte / Zweitplatzierte Partei 2016	Durchschnittliche Veränderung des Stimmenanteils im Vergleich zur Parlamentswahl 2016 (Prozentpunkte)		
	Konservative	Labour	Liberal- demokraten
Konservative/ SNP	+3,3	-6,3	-1,9
Labour/SNP	-7,9	+5,1	-0,9
Libdem/SNP	-9,6	-4,2	+13,2
SNP/Andere Partei	+0,3	-0,6	-1,0

Quelle: John Curtice (2021): *The Constitutional Question Dominates: How Scotland Voted in 2021*, in: *What Scotland Thinks*, 19. Mai.

Politische Differenzen zwischen England und Schottland

Genießt der Faktor der EU-Mitgliedschaft zumindest kurzfristig eine geringere Relevanz hinsichtlich seiner potenziellen Zugkraft für die Unabhängigkeit, so spielen die divergierenden politischen Mehrheitsverhältnisse in Schottland und England (und damit auch zwischen ersterem und Großbritannien) eine dauerhafte und größere Rolle innerhalb des SNP-Arguments für den Austritt aus dem Vereinigten Königreich. Schon lange vor dem Erdrutschsieg Boris Johnsons im Dezember 2019, der auf dem besten Ergebnis der Tories in England seit der Thatcher-Ära basierte (siehe Tabelle 2), prognostizierte die Regierungschefin Schottlands und SNP-Vorsitzende Nicola Sturgeon in einer Rede im März 2017 das (schottische) Schreckensszenario konservativer Mehrheiten im britischen Unterhaus bis zum Jahre 2030.⁹ Der komfortable parlamentarische Vorsprung Johnsons lässt einen konservativen Wahlsieg im nächsten nationalen Urnengang (voraussichtlich 2024) als durchaus wahrscheinlich erscheinen – Stur-

geons Prognose von Tory-Regierungen in den 2020ern besitzt somit gute Aussichten sich zu bewahrheiten. Es sind Mehrheiten, die von den Schotten jedoch explizit abgelehnt werden.

Tabelle 2: Anteil der durch die Konservative Partei gewonnenen Wahlkreise in England und Schottland in Wahlen zum britischen Unterhaus, 1987-2019 (grau schattiert: nationale Wahlsiege der Konservativen Partei, beziehungsweise stärkste parlamentarische Kraft):

	England	Schottland
2019	64,7% (345/533)	10,2% (6/59)
2017	55,7% (297/533)	22,0% (13/59)
2015	59,7% (318/533)	1,7% (1/59)
2010	55,7% (297/533)	1,7% (1/59)
2005	36,7% (194/529)	1,7% (1/59)
2001	31,2% (165/529)	1,4% (1/72)
1997	31,2% (165/529)	0% (0/72)
1992	60,9% (319/524)	15,3% (11/72)
1987	68,5% (358/523)	13,9% (10/72)

Quelle: Eigene Berechnungen.

Nicht nur die jüngste Regionalwahl spiegelte die extensive Kluft hinsichtlich der politischen Präferenzen Schottlands und seines südlichen Nachbarn wider. Während in der britischen Parlamentswahl 2019 beispielsweise nur zehn Prozent aller schottischen Wahlkreise des Unterhauses von den Tories gewonnen wurden, lag dieser Wert bei 65 Prozent in England – allein die errungenen Mandate in diesem Landesteil hätten für eine konservative Mehrheit in Westminster ausgereicht. Es ist die in Tabelle 2 aufgezeigte Divergenz, die von der SNP nicht zuletzt als eines der Kernargumente für die Notwendigkeit der Unabhängigkeit zitiert wird, da die konservativen Mehrheiten des letzten Jahrzehnts in London so gut wie keine elektorale Unterstützung in Schottland erhalten haben. Bis zur ersten britischen Unterhauswahl nach dem Unabhängigkeitsreferendum war die Labour-Partei für Jahrzehnte die dominante politische Kraft Schottlands gewesen; seit 2015 hat die SNP die überwältigende Mehrheit der dortigen Wahlkreise zum „House of Commons“ gewonnen (2015: 56/59 [95%]; 2017: 35/59 [59%]; 2019: 48/59 [81%]).

Die Rolle der EU-Mitgliedschaft in einem erneuten Referendum

Grundlegende ideologische Unterschiede zwischen den führenden politischen Kräften der beiden größten britischen „Home Nations“ lassen sich auch hinsichtlich des Themas der europäischen Kooperation vorfinden. War die SNP bis in die 1980er Jahre eine eher europaskeptische Partei, die im britischen EWG-Referendum 1975 für einen Austritt plädierte, so wird die Mitgliedschaft im europäischen Staatenverbund heute von ihr als weiteres Argument für die Unabhängigkeit präsentiert – denn als Mitglied der EU geraten auch kleinere Nationalstaaten nicht zum Spielball der Großmächte.¹⁰ Dazu gesellt sich das Argument der europapolitischen ideologischen Kluft zwischen den skeptischen Engländern und den, entsprechend der SNP-Lesart, europhilen Schotten. Doch bedarf es einer genaueren Interpretation der schottischen Ansichten zur EU. Wurde gemeinhin das schottische Votum im Brexit-Referendum 2016 als überwältigende Unterstützung Europas interpretiert, so darf nicht vergessen werden, dass fast 40 Prozent aller schottischen Wähler für den britischen Austritt aus der EU stimmten – ein Wert, der in ähnlichen Referenden hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft wahrscheinlich in nur wenigen kontinentaleuropäischen Staaten erreicht würde.

Weitere Daten zum schottischen Verhältnis zu Europa zeigen auf, dass man die Schotten eher als „Vernunfteuropäer“ beschreiben kann. Sprachten sich 1999 noch 14 Prozent aller Schotten für einen Verbleib in der Europäischen Union mit „größeren Kompetenzen für die EU“ aus, so lag dieser Wert 2017 bei nur noch 5 Prozent. Der Anteil der Schotten, der für eine gemeinsame Regierung auf EU-Ebene plädierte, sank innerhalb dieses Zeitraums um zwei Drittel von 9 auf 3 Prozent. Somit brach der klar pro-europäische Bevölkerungsanteil innerhalb von weniger als zwei Jahrzehnten in Schottland von 23 auf nur noch 8 Prozent ein.¹¹

Eng verbunden mit dem Thema Europa sind die wirtschaftlichen Bindungen Schottlands. Das Hauptargument gegen die Unabhängigkeit lässt sich jedoch zweifelsfrei in der ökonomischen Integration Schottlands innerhalb des Vereinigten Königreichs finden. 60 Prozent aller schottischen

Exporte gingen 2018 an die britischen Nachbarn; nur 19 Prozent fanden ihren Weg in die EU. Ein Blick auf die Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte belegt hierbei einen Rückgang hinsichtlich der Beziehungen zwischen der EU und Schottland. So lag 2002 der Anteil der Ausfuhren in die EU noch bei über 23 Prozent aller schottischen Exporte.¹² Berechnungen der London School of Economics zufolge würde die Unabhängigkeit Schottlands Wirtschaft zwei bis drei Mal so stark treffen wie der britische EU-Austritt.¹³ Der vergleichsweise „harte“ Brexit Boris Johnsons schwächt somit paradoxerweise das Argument für die Unabhängigkeit, da Schottland als EU-Mitgliedsstaat sich mit erheblichen Handelsbarrieren zum Nachbarn im Süden konfrontiert sähe.

Fazit: Volksentscheid auf Eis

2014 stellten die schottischen Nationalisten die Unabhängigkeit als Option ohne erkennbare Nachteile dar. Der Ausstieg aus dem Vereinigten Königreich, so die SNP, würde es Schottland erlauben, die (damals erheblich höheren) Einnahmen aus dem Nordseeöl selbst zu nutzen. Gleichzeitig hätte Schottland entsprechend den SNP-Plänen sowohl Queen als auch das Pfund behalten, während aufgrund der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft sichergestellt worden wäre, dass dem freien Personen- und Warenverkehr zwischen Schottland und dem nunmehr verkleinerten Vereinigten Königreich keine Hürden im Weg stünden. Dieser Weg ist heute jedoch versperrt – nicht nur aufgrund des Rückgangs der Öleinnahmen, sondern gerade auch infolge des von Boris Johnson ausgehandelten Brexit-Abkommens, das Großbritannien aus dem Binnenmarkt und der Europäischen Zollunion austreten ließ.

Nicola Sturgeon ist hinsichtlich der strategischen Frage des Zeitpunkts der Ansetzung eines zweiten Unabhängigkeitsreferendums in keiner beneidenswerten Situation. Ein ökonomischer Boom nach der Pandemie könnte die diesbezüglichen Brexit-Einbußen in der öffentlichen Wahrnehmung zumindest maskieren und damit ein wichtiges Argument für die Rückkehr in die EU entkräften. Bereits heute kann konstatiert werden, dass die vermeintliche schottische Zuneigung zu

Europa nur eine untergeordnete Rolle im Entscheidungsprozess hinsichtlich des zukünftigen Status' Schottlands spielen wird, beziehungsweise keinesfalls so ausgeprägt ist wie von der SNP behauptet. Es erscheint durchaus wahrscheinlich, dass die Briten (auch im Norden des Königreichs) sich in den nächsten Jahren mit ihrer Situation außerhalb der EU anfreunden, oder zumindest daran gewöhnen werden.

Schien ein erneutes zeitnahes Unabhängigkeitsreferendum aufgrund der starken SNP-Umfragewerte in der zweiten Jahreshälfte 2020 fast eine ausgemachte Sache zu sein, so ist der Weg dorthin nunmehr erheblich steiniger. Zwar besitzen SNP und Grüne eine komfortable „Unabhängigkeitsmehrheit“ im Parlament in Edinburgh, doch erhielten die beiden Parteien keine Mehrheit der insgesamt abgegebenen Stimmen.¹⁴ Ein klares Mandat wurde verfehlt. Die Johnson-Regierung hält weiterhin an ihrer Opposition zu einem weiteren Referendum fest – verfassungsrechtlich bedarf es jedoch einer Zustimmung aus London, um dieses anzusetzen.¹⁵ Ein SNP-Erfolg hätte die Partei in einem möglichen Alleingang samt unilateraler Durchführung bestärkt, beziehungsweise den Druck auf *Downing Street* erhöht. Der Wahlausgang des 6. Mai deutet darauf hin, dass zumindest bis zur nächsten britischen Unterhauswahl das Ziel der schottischen Unabhängigkeit unerreichbar bleiben wird.

Anmerkungen

- 1 Nicholas Watt (2011): Tony Blair's Scottish nightmare comes true as Alex Salmond trounces Labour, in: *The Guardian*, 6. Mai.
- 2 Scottish National Party, *Scotland's Future* (Wahlprogramm 2021), S. 12.
- 3 Stephan McIlkenny (2021): Scottish independence seen as most important issue for fewer than 1 in 5 Scots, in: *The Herald*, 11. April.
- 4 Tim Ross (2021): ‚Hostile‘ EU's Vaccine Spat With U.K. Boosts Support for Brexit, in: *Bloomberg*, 12. April.
- 5 Siehe Wikipedia: Opinion Polling on Scottish Independence, https://en.wikipedia.org/wiki/Opinion_polling_on_Scottish_independence.
- 6 Severin Carrell u. a. (2021): Pro-UK activists spend heavily to head off SNP majority at Holyrood, in: *The Guardian*, 5. Mai.
- 7 BBC News (2021): Elections 2021 – Dumbar-ton (<https://www.bbc.com/news/election/2021/scotland/constituencies/S16000096>).
- 8 Conor Matchett (2021): Scots split on SNP mandate for referendum with independence ‚top priority‘ for just one in 11, in: *The Scotsman*, 16. Mai.
- 9 Scottish National Party (2017): Nicola Sturgeon's speech on Scotland's referendum, 13. März.
- 10 Paolo Dardanelli (2003): Ideology and rationality: the Europeanisation of the Scottish National Party, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 32(3), S. 271-284; Andrew D. Devenney (2008): Regional resistance to European integration: the case of the Scottish National Party, 1961-1972, in: *Historical Social Research*, 33(3), S. 319-345.
- 11 Daniel Phillips, u. a. (2018): British Social Attitudes: The 35th Report – Scotland: How Brexit has created a new divide in the nationalist movement, S. 12.
- 12 Scottish Government (2020): Export Statistics Scotland 2018, 29. Januar.
- 13 The London School of Economics and Political Science (2021): Independence would hit Scottish economy 2 to 3 times harder than Brexit, 3. Februar 2021.
- 14 Mit den Stimmen der Splitterpartei des ehemaligen SNP-Vorsitzenden Alex Salmond „Alba“ kam das Unabhängigkeitslager jedoch gemeinsam auf 50,1 Prozent der Regionalstimmen (entspricht der Zweitstimme bei Bundestagswahlen).
- 15 Akash Paun (2021): Johnson can block a Scottish independence referendum – but that will not secure the long-term future of the UK, in: *Institute for Government*, 9. Mai.